

## Rede von Johann Großpötzl bei der LK VV im Juni 2020

KR ÖR Johann Großpötzl: Covid-19 hat uns 50 Millionen Euro beschert, das sind 0,1 Prozent der 50 Milliarden Euro, die für diese Krise österreichweit zur Verfügung stehen. Das ist nicht wirklich weltbewegend. Hauptsächlich umfassen diese Maßnahmen längst beschlossene Sachen und Anpassungen. Das nimmt man her, damit man die Bauern zufriedenstellt. Den Solidaritätsbeitrag der Pensionisten mit 0,5 Prozent haben in der Vergangenheit nur die Bauern bezahlt. Der nunmehrige Entfall ist eine längst fällige Anpassung an die Situation bei allen anderen. 50 Millionen Euro wurden uns durch das Streichen des Agrardiesels vor einigen Jahren genommen. Jetzt braucht man zehn verschiedene Maßnahmen, dass man auf diesen Betrag von 50 Millionen Euro kommt, der damals von einem Tag auf den anderen abgeschafft wurde. Das Antwortschreiben des Finanzministeriums zu unserer letzten Resolution war wirklich dürftig. Man konnte diesem Schreiben überhaupt nichts Konkretes entnehmen. Dass der Finanzminister wirklich kein Zahlenmensch ist, das hat man wirklich schon einige Male bemerkt, bei den Nullen hapert es bei ihm ja ganz schön. Der frühere Finanzminister hat mir wesentlich besser gefallen. Löger war ein Zahlenmensch, er hat sich ausgekannt. Der jetzige Finanzminister hat das Zahlenwerk nicht wirklich gelernt. Mit diesen nun festgelegten 50 Millionen Euro werden wir uns auch nicht davon wegbewegen, dass wir Bauern lediglich einen Anteil von 1,3 Prozent an der Wertschöpfung haben. Die Künstler sagen schon, sie hätten einen wesentlich höheren Anteil an der Bruttowertschöpfung als die Bauern und ihnen würde ein Ministerium viel eher zustehen als den Bauern. KR Leitner hat schon recht, wenn er hinweist, dass wir den Anschluss verloren haben. Leitner ist der einzige, der nicht alles in diesem Paket rosig sieht. Wir müssen uns auch Ziele setzen. Setzen wir uns das Ziel, dass wir als Landwirte den Zwei-Prozent-Anteil an der Bruttowertschöpfung erreichen. Wenn wir uns kein Ziel setzen, werden wir noch weiter zurückfallen. Irgendwann sind wir dann unter einem Prozent Anteil.

Die Formulierung „Das Beste aus beiden Welten“ aus dem Regierungsprogramm wird wohl der Satz des Jahres werden. Inzwischen spricht auch die stellvertretende Vorsitzende der neuen Sozialversicherung vom Besten aus beiden Welten, hier bei der Sozialversicherungsanstalt der Gewerbetreibenden und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern. Wir haben sie dazu gefragt, wie denn die Situation bei den Zahnimplantaten nun ist. Die Gewerbetreibenden bekommen für ein Implantat 250 Euro Zuschuss, die Bauern haben in der Vergangenheit nichts bekommen und daran hat sich bisher nichts geändert. Wenn man das Beste aus beiden Welten nimmt, müssten ja auch die Bauern diese 250 Euro Zuschuss bekommen. Offenbar meint man, die Bauern sollen bloß mit Prothesen zufrieden sein anstelle vom Implantaten. Es wäre jedenfalls ein erster Schritt, wenn wir auch diese 250 Euro bekommen. In meinem Alter haben ohnedies die meisten Versicherten schon Probleme mit den Zähnen. Wenn man davon spricht, dass man von beiden Seiten das Beste haben wird, dann soll es auch tatsächlich so sein. Es bringt wirklich nichts, wenn hier herinnen in der Vollversammlung bloß Regierungspropaganda betrieben wird.

KR Revertera kann sicher stolz sein auf seinen Vordermann Montecuccoli als Präsident der Land- und Forstbetriebe Österreichs. Montecuccoli hat die 350 Millionen Euro herausgeholt und ist noch nicht zufrieden damit. Er hat erklärt, dieser Betrag sei zu wenig. Von euch hört man allerdings nicht, dass diese

# Unabhängiger Bauernverband



50 Millionen Euro zu wenig seien. So wie Montecuccoli müssen wir auftreten. Bei einer Veranstaltung im Rahmen des Walddialogs hat mir Montecuccoli einmal erklärt, er sei der Chef und nicht Präsident Schultes. Er ist ein guter Verhandler. Vermutlich hat er mich längst vergessen, aber ich habe mir sein Auftreten und seine Aussagen gemerkt. Wir brauchen Leute, die draufdrücken und für Forderungen einstehen, nur so kommen wir weiter.

Beim Green Deal zieht Kommissions-Vizepräsident Timmermans die Fäden und der Agrarkommissar ist gar nicht mit dabei. Angesichts der Liste der aktuellen EU-Kommissare betrachte ich die Kommission als eine linksliberale europäische Regierung. Der polnische Kommissar ist nicht linksliberal und der wird dann natürlich überhaupt gar nicht erst eingeladen und dann kann er nicht weiter stören. Es gibt auch ein Bashing gegen Polen oder Ungarn und es wird gemeint, es sei wirklich ein Wahnsinn, was die denn dort aufführen würden. Die Kommissionspräsidentin Von der Leyen spielt dabei auch mit den anderen mit. Sie müsste eigentlich eingreifen, wenn Timmermans die Linie vorgibt und der Agrarkommissar gar nicht eingebunden wird, davon bemerkt man allerdings nichts. Frau Von der Leyen war ja früher die deutsche Verteidigungsministerin und von den Deutschen hört man ja, dass sie in Deutschland wirklich nicht als gute Verteidigungsministerin agiert hat. Sie sollte jedenfalls jetzt den Agrarkommissar Agrarkommissar sein lassen und nicht dauernd beschneiden.

**Antrag „Überbrückungshilfe für Biobetriebe“** „Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundesregierung auf, Biobetriebe, die aufgrund der bestehenden BIO-Verordnung aussteigen müssen, eine Überbrückungshilfe bis zur neuen GAP aus Nationalen Mitteln zu gewähren.“

Mich wundert es, dass hier noch kein Machtwort gesprochen worden ist. Wenn die Ministerin entsprechend auftreten würde, dann wäre das schon geregelt. Hier geht es um ein österreichisches Thema, die Bayern erklären beispielsweise, dass es bei ihnen eine derartige Weidepflicht nicht gibt. Die Biobauern brauchen auch entsprechende Planungssicherheit. Eine Überbrückungshilfe, die die jetzt entstehenden Nachteile zu 100 Prozent ausgleicht ist sicher machbar und das ist ein ganz wichtiges Thema.

**Antrag „Gülle und Jauche in gewohnter Form ausbringen“** „Die Vollversammlung der LWK OÖ fordert die Bundes- und Landesregierung sowie die Bundesministerin Elisabeth Köstinger auf, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft tierhaltende Betriebe Gülle und Jauche in bisher gewohnter Form ausbringen können.“

In Deutschland gibt es Gebiete mit einer zehnfach höheren Dichte an landwirtschaftlichen Nutztieren und damit einen zehnfach höheren Gülleanfall pro Fläche als in Österreich, beispielsweise im Weser-Ems-Gebiet. Natürlich wird die dort anfallende Gülle auch auf Flächen außerhalb des jeweiligen Gebietes bzw. Betriebes aufgebracht. Auch die dortigen Bauern sind mit den Vorschriften der zuständigen Bundesministerin nicht einverstanden. Die deutsche Ministerin ist ja auch keine Bauernfreundin. Ich hoffe, die österreichische Ministerin setzt sich dafür ein, dass auch in Zukunft tierhaltende Betriebe Gülle und Jauche in bisher gewohnter Form ausbringen können. Ich hoffe, dass bei ihr nicht das Selbstbewusstsein größer ist als das Bewusstsein, ansonsten wäre das schlecht.

Das vollständige Protokoll der Vollversammlung findest du unter: <https://www.ubv.at/sitzungsprotokolle/>